

	<p>Stakeholdern sowie dem Einbeziehen von Hochschulkonferenz und Forschungsrat Steiermark im Rahmen von Feedbackschleifen.</p> <p>Das Ergebnis dieser ersten Runde war ein umfassender Katalog von Stärken und Schwächen der Steiermark im Bereich „Wissenschaft und Forschung“. So wurde positiv hervorgehoben, dass die steirischen Hochschulen beinahe den gesamten Fächerkanon abdecken. In der Steiermark wird die gesamte Innovationskette von Grundlagenforschung bis zur Produktentwicklung geboten und es existiert eine hohe Kooperationskultur (es wird wesentlich mehr und enger zusammengearbeitet als in anderen Bundesländern). Auf der anderen Seite verlässt die Hochschulen aber zu wenig MINT-Nachwuchs und der Bereich „Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften“ ist bislang nicht systematisch in die Forschungslandschaft eingebunden und der Bereich Wissenschaft und Forschung weist nach wie vor eine zu geringe Bedeutung in der Gesellschaft auf.</p> <p>Auf Grundlage der Evaluierung, den Workshops und Gesprächen haben sich folgende Kernelemente einer neuen FOSTRA herauskristallisiert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Interdisziplinarität und Kooperation stellen DIE Besonderheit des Standortes dar und sollen ausgebaut werden • ForscherInnen am Beginn ihrer Karriere haben einen höheren Bedarf an Unterstützung als bereits etablierte WissenschaftlerInnen und bringen innovative Ideen ein • regional wirksam – international bedeutsam; Förderungen durch das Land Steiermark MÜSSEN Standortrelevanz und hohe Qualität haben, dh auch international bedeutsam sein 	
--	---	--

	<ul style="list-style-type: none"> • Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften haben besonderes Entwicklungspotenzial; sie haben es allerdings schwer, Mittel aus der Wirtschaft zu lukrieren und sollen in Zukunft stärker gefördert werden <p>Insgesamt wird das Förderwesen des Referates Wissenschaft und Forschung mit dem Beschluss der FOSTRA noch gezielter auf themenbezogene Ausschreibungen umgestellt.</p>	
<p>Land Wien</p>	<p>Wiener Strategie für Forschung, Technologie und Innovation (Wiener FTI-Strategie)</p> <p>Strategisches Ziel der FTI-Strategie ist, die Position Wiens als bedeutenden zentraleuropäischen Forschungs- und Innovationsstandort zu festigen und auszubauen. In fünf Handlungsfeldern werden Antworten auf die zentralen Herausforderungen für den FTI-Standort Wien mit Perspektive bis zum Jahr 2015 gegeben.</p> <p>2012 wurden unter anderen folgende Umsetzungsschritte gesetzt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das „Vienna International Postdoctoral Program“ (VIPPS) für Postdocs bietet JungforscherInnen im Bereich der Lebenswissenschaften einen Drei-Jahres-Vertrag und zusätzlich ein unabhängiges Forschungsbudget. Dadurch haben sie Raum für unabhängige, eigene Forschungsideen. • Die Initiative „WienWin“ sammelt Innovationen aus Wien und präsentiert sie VertreterInnen des Magistrats sowie der Unternehmungen der Stadt Wien, um innovative Vergaben zu fördern. <p>Der WWTF fördert „Vienna Research Groups for</p>	<p>Erhöhung der Wiener F&E-Quote, Ausbau der Position Wiens als bedeutender zentraleuropäischer Forschungs- und Innovationsstandort.</p>

	<p>Young Investigator“:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Im Schwerpunkt Informations- und Kommunikationstechnologien ebenso wie Call-Projekte im Rahmen des “Wiener Impulsprogramms für Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften”. <p>Der wichtigste Bezug zur nationalen Ebene ergibt sich aus dem vom Bund verfolgten Ziel einer Steigerung der Forschungsquote (Anteil am BIP) auf 3,76% bis 2020.</p> <p>Nähere Informationen unter http://www.wiendenktzkunft.at/de.home.html</p>	
<p>Wirtschaftskammer Österreich</p>	<p>creativ wirtschaft austria (Arbeitsgemeinschaft Kreativwirtschaft) / Umsetzungspartner in der Initiative evolve des BMWFFJ</p> <p>Die creativ wirtschaft austria nimmt als Plattform die Interessen der österreichischen Kreativwirtschaft wahr - sowohl national, auf europäischer Ebene als auch international. Sie setzt sich für die Entwicklung der österreichischen Kreativwirtschaft ein und schafft Verknüpfungen mit anderen Branchen. Die Aktivitäten umfassen drei Bereiche:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Kompetenzsmbau</i> - Die creativ wirtschaft austria unterstützt den wirtschaftlichen Erfolg der Kreativen durch konkrete Serviceleistungen und Vernetzung von Unternehmen und Intermediären. • <i>Interessenvertretung</i> - Die creativ wirtschaft austria vertritt die Interessen der Kreativwirtschaft und setzt sich für günstige Rahmenbedingungen ein. • <i>Infos und Awareness</i> - Die creativ wirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausschöpfung des Innovationspotenzials der Kreativwirtschaft auszuschöpfen, um die Innovationsentwicklung Österreichs weiter zu erhöhen • Ausbau des Beitrags der Kreativwirtschaft zur Wettbewerbsfähigkeit anderer Branchen <p>Erhöhung von Wachstum und Beschäftigung innerhalb der Kreativwirtschaft</p>

	<p>austria versteht sich als Wissensdrehscheibe, gibt Studien in Auftrag und erhöht die Sichtbarkeit der Leistungen der Kreativwirtschaft.</p> <p>Weitere Informationen: www.creativwirtschaft.at</p>	
<p>GHG emission reduction target -16% compared to 2005</p>		
<p>Land Salzburg</p>	<p>Salzburg 2050 – Energieautonom, Klimaneutral und Nachhaltig</p> <p>Umsetzung des Maßnahmenprogramms der Stufe 1: Zeitlich begrenzter Sanierungszuschuss für thermisch ineffiziente Wohngebäude, Erhöhung aller Heizungssysteme für Gebäude im Landeseinfluss, Abstimmung und Ausweitung der Heizungsförderung, HeizungsCHECK+ für Wohngebäude, Wärmepumpenförderung und -qualitätsicherung, energetische Optimierung von Wasserkraftwerken, PV alternativ zu thermischen Solaranlagen bei Fernwärmeversorgung, Solarkampagne, Landesgebäude zur regenerativen Stromerzeugung; rechtliche Grundlagenschaffung für den Ausbau erneuerbarer Energien im Land, Aufbau und Unterstützung von „Biomassehöfen“, Holzmobilisierung, Baulandausweisung in Gunstzellen der Raumordnung, Radverkehrs offensive, Anreize für alternative Antriebe durch verbesserte Förderbedingungen, klimaeffiziente Dienstfahrzeuge, Telearbeit im Landesdienst, erhöhte Förderung der eMobilität bei zusätzlicher Schaffung von PV-Kapazitäten, Ausweitung e5-Programm. Landesförderprüfung auf klimaadverse Förderungen, Einrichtung einer strategischen Beschaffungssteuerung des Landes</p>	<p>Zwischenziel 2020: Minus 30% Treibhausgase, plus 50% erneuerbare Energien, bilanziell 100%-ige Versorgung der Landesgebäude durch Fernwärme und/oder erneuerbare Energieträger; Ergebnisse der Maßnahmen-Evaluierung der Stufe 1 im Mai 2013.</p>

	Salzburg.	
Land Oberösterreich	<p>Programm Klimaretung Ziel der im Jahr 2002 gestarteten Kampagne „Klimaretung“ ist vor allem die Vernetzung der verschiedenen Zielgruppen untereinander. Eine wichtige Rolle spielen die Klimarettungspartner. Das sind in klimarelevanten Branchen tätige Unternehmen, Organisationen und Unterstützer, mit denen die Klimaretung individuelle Vereinbarungen zur Beteiligung am Programm trifft. Die Klimaretung arbeitet eng mit dem oberösterreichischen Klimabündnis zusammen. Schulen, Gemeinden und Betriebe im oberösterreichischen Klimabündnis sind in der „Klimareter-Familie“ integriert und können Netzwerk- und Kooperationsmöglichkeiten nutzen. Neben Vernetzungs- und Kooperationsmöglichkeiten bietet die Klimaretung verschiedene Anreize zum Mitmachen, zum Beispiel Förderungen für oberösterreichische Klimabündnisgemeinden, Geld- und Sachpreise für Haushalte, die ihre Haushaltsklimabilanz ausfüllen, Urkunden für Klimarettungspartner und Beratungsleistungen.</p>	Der Erfolg der Maßnahmen wird in erster Linie über die Anzahl der beteiligten Partner gemessen. Für spezielle Bereiche wird der Umwelteffekt berechnet (Betriebeberatungen).
Land Steiermark	<p>Klimaschutzplan Steiermark 2010 Der Klimaschutzplan Steiermark 2010 ist das sichtbare Ergebnis eines politikbegleitenden Dialogs, mit dem für das Land Steiermark die für ein klimagerechtes und zukunftsfähiges Gesellschafts-, Wirtschafts- und Energiesystem erforderlichen Maßnahmen identifiziert und konsensfähig gemacht werden. Mittels 270 Einzelmaßnahmen sollen bis 2020 die unionsrechtlichen Klimaziele auch auf regionaler Ebene erreicht werden. Für die Steiermark betrifft</p>	Reduktion der Treibhausgasemissionen im Nicht-Emissionshandelsbereich um 16% bis 2020.

	dies u. a. den Nicht-Emissionshandelsbereich in den laut Klimaschutzplan beschriebenen Sektoren Mobilität, Gebäude, Energie, Industrie, Land- und Forstwirtschaft, Abfallwirtschaft und Klimastil.	
Land Wien	<p>Klimaschutz Stadt Wien – Smart City Wien Wien setzt seit langem auf die Verknüpfung von Lebensqualität, Technology und Umweltschutz. Wien ist daher eine der führenden Umweltmusterstädte weltweit und auch in Smart City Rankings ganz vorne zu finden. Wien setzt auf die Weiterentwicklung dieser Führungsrolle und stellt bei seinen Smart City-Aktivitäten die Bereiche Energie, Klima, Verkehr und Stadtentwicklung in den Mittelpunkt.</p> <p>Klimaschutzprogramm der Stadt Wien (KliIP Wien) 1999 beschloss die Stadt Wien ein Klimaschutzprogramm (KliIP Wien) mit einer Laufzeit bis 2009. Das KliIP I war sehr erfolgreich. Insgesamt wurde bis Ende 2008 die jährlich emittierte Treibhausgas-Menge um 3,1 Millionen Tonnen reduziert. Im Jahr 2009 hat der Wiener Gemeinderat die Fortschreibung des Wiener Klimaschutzprogramms (KliIP II) mit einer Geltungsperiode bis in das Jahr 2020 beschlossen.</p>	<p>Reduktion von 21% Treibhausgasemission pro Jahr im Jahr 2020 im Vergleich zu 1990 durch das Klimaschutzprogramm I und II; Vermeidung von 1,4 Mio. Jahrestonnen an Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2009-2020 durch das Klimaschutzprogramm II und Vermeidung von 4,5 Mio. Jahrestonnen gesamt durch beide Programme.</p>
Österreichischer Städtebund	<p>Modellregion e-mobility Graz – Elektromobilität als Säule eines nachhaltigen integrierten Mobilitätssystems im Großraum Graz Der Hype um Elektromobilität ist andauernd – die Erwartungshaltung ist schwer zu erfüllen – Lieferengpässe bei Fahrzeugen, Technologieentwicklung der Batterien, der Ladeinfrastruktur, rechtliche Rahmenbedingungen von Baugesetzen bremsen die Euphorie in der</p>	<p>Senkung der CO₂-Werte Zunahme der Anzahl an Elektrofahrzeugen Größeres Bewusstsein in der Bevölkerung für die positiven Auswirkungen schadstoffarmer Kraftfahrzeuge</p>

	<p>Umsetzung. Die Kunden sind preissensibel und akzeptieren die hohen Preise oftmals nicht. Öffentliche Ladeinfrastruktur ist nur langsam realisierbar; die gesetzlichen Rahmenbedingungen ergeben Unsicherheiten beim Betrieb von Ladesäulen; das Mobilitätsverhalten ist nur langsam zu ändern und muss gelernt werden.</p> <p>Erste Erfolge:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verleih von Elektrofahrzeugen als Flughafenshuttle für Jahreskartenbesitzer vergünstigt. • Einsatz von e-FZ im Firmenfuhrpark seit mehr als 6 Monaten ohne Probleme <p>In weiterer Folge ist die Umsetzung des Projektes Modellregion Großraum Graz (insg. 59 Gemeinden) in Verbindung mit dem ÖV geplant.</p>	
<p>Renewable energy target 34% compared to 2005 Land Niederösterreich</p>	<p>Niederösterreichischer Energiefahrplan 2030</p> <p>Niederösterreich baut die erneuerbare Stromerzeugung bis 2015 aus. Laut niederösterreichischem Energiefahrplan 2030 soll bis 2015 100% Strom aus erneuerbaren Energieträgern stammen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird – bei gleichzeitigem Energieeinsparen – der Ausbau der Windkraftanlagen und Photovoltaik forciert.</p>	<p>Quantitative Ziele für Sonnenenergie/Photovoltaik:</p> <p>2009: 11 GWh 2015: 150 GWh 2020: 2000 GWh</p> <p>Quantitative Ziele für Energie aus Windkraft:</p> <p>2009: 1.080 GWh 2015: 2.500 GWh 2020: 4.000 GWh</p> <p>2009: 345 Anlagen 2015: 550 Anlagen 2020: 650 Anlagen</p> <p>Quantitative Ziele für Strom aus Biomasse:</p> <p>2009: 1.000 GWh 2015: 1.100 GWh 2020: 1.300 GWh</p>

		<p><u>Qualitative Ziele:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Unabhängigkeit - Innovation und Wettbewerbsfähigkeit - Nachhaltigkeit
<p>Land Oberösterreich</p>	<p>Energiestrategie „Energiezukunft 2030“</p> <p>Ziel der Landesenergiestrategie Oberösterreichs „Energiezukunft 2030“ ist es, bis zum Jahr 2030 schrittweise Oberösterreich bei Wärme und Strom auf erneuerbare Energie umzusteuern und damit die CO₂-Emissionen und die Energieimporte zu senken. Neben konkreten Reduktionszielen definiert die Landesenergiestrategie nachstehende Teilziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ausreichende Eigenerzeugung an erneuerbarer Energie zur vollständigen Abdeckung des oberösterreichischen Strombedarfs bis 2030 - Schrittweise Reduktion des Wärmebedarfs um 39% bis 2030 - Auf Basis des europäischen Aktionsplans für Energieeffizienz: Energiesparpotenzial Verkehr und der oberösterreichischen Potenziale an erneuerbarer Energie sowie der Bundesregierungsziele im Bereich biogene Treibstoffe bis zu 41% weniger fossiler Diesel und Benzin im Verkehrsbereich (unter Bedachnahme auf den Tanktourismus) bis 2030 - Je nach wirtschaftlicher und sozialer Verfügbarkeit um bis 65% weniger CO₂-Emissionen bis 2030. <p>Zur Umsetzung wurden 148 Maßnahmencluster erarbeitet und in der Landesregierung beschlossen.</p>	<p>Durch den schrittweisen Umstieg auf erneuerbare Energie bei Wärme und Strom wird erwartet, die CO₂-Emissionen und die Energieimporte zu senken. Die Maßnahmen werden alle 3 Jahre – beginnend mit dem Jahr 2011 – einer externen Evaluierung unterzogen.</p>
<p>Land Steiermark</p>	<p>Energiestrategie Steiermark 2025</p> <p>„Erneuerbare Energien“ ist einer der fünf</p>	<p>Erhöhung der Anteile an erneuerbarer Energie auf 34% bis 2020.</p>

	<p>strategischen Maßnahmenbereiche der Energiestrategie Steiermark 2025. Unterteilt in die Unterabschnitte „Bioenergieausbauprogramm Steiermark“, „Road Map Wasserkraft“, „Road Map Sonnenenergie“ und „Road Map Windenergie“ werden die Einzelmaßnahmen zu diesem Bereich detailliert und unter Berücksichtigung der zu erwartenden Kosten und der Auswirkungen auf Energie- und Emissionseinsparungen sowie den Arbeitsmarkt beschrieben.</p>	
<p>Land Steiermark</p>	<p>Entwicklungsprogramm Sachbereich Windenergie Auf Grundlage der 2009 von der Landesregierung beschlossenen Energiestrategie wird nach dem steiermärkischen Raumordnungsgesetz ein rechtsverbindliches Sachprogramm Windenergie erstellt. In diesem Programm werden unterschiedliche Zonen festgelegt, in denen die Errichtung von Windkraftanlagen ausgeschlossen oder zulässig ist. Wesentliche Grundlagen dafür sind die Zielsetzungen der Alpenkonvention, die damit für diesen Bereich umgesetzt werden.</p>	<p>Der derzeitige Stand von ca. 50 MW installierter Leistung und weitere ca. 50 MW von beantragten Anlagen im Bewilligungsverfahren soll in den nächsten 5 Jahren auf insgesamt 300 MW erzeugter elektrischer Leistung aus Windkraftanlagen erhöht werden.</p>
<p>Wirtschaftskammer Österreich</p>	<p>Beratung von KMUs durch den „Energieeffizienzcheck“ Das Energieinstitut der Wirtschaft (EIW) wurde im April 2008 von der WKÖ gegründet, die auch Mehrheitseigentümerin ist.</p> <p>Als erste Aufgabe konzipierte und initiierte das EIW gemeinsam mit der WKÖ die KMU-Initiative zur Energieeffizienzsteigerung, für deren Umsetzung der Klima- und Energiefonds ein Budget von rund 3 Mio. Euro zur Verfügung stellt.</p> <p>Kernelement der Initiative ist der KMU-</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Nutzung von Energieeinsparungspotenzialen durch Betriebe in Folge der Energieeffizienzberatung • Einsparpotenziale von 4.650 Euro pro Betrieb und Jahr an Energiekosten • Im Durchschnitt wird eine Verringerung der Gesamtenergiekosten um ca. 12% realisiert. • Pro Betrieb und Jahr beläuft sich die Einsparung durchschnittlich auf 52.000 kWh. • CO₂-Reduktion im Durchschnitt 18 Tonnen CO₂ pro Betrieb und Jahr

	<p>Energieeffizienzcheck im Wert von 675 Euro.</p> <p>Diese Initiative ist eine Ergänzung der derzeitigen Förderangebote der Länder zur Energieberatung. Ein Unternehmen kann innerhalb von 12 Monaten zwei Schecks für eine Energieeffizienz-Beratung beantragen – einen für die Erstberatung und einen für die Umsetzungsberatung.</p> <p>Im Vorfeld der Initiative und begleitend dazu wurden vom ETW über 260 EnergieberaterInnen über die Ziele der Initiative informiert und geschult. Weitere Informationen: www.energieinstitut.net</p>	
<p>Energy efficiency target</p> <p>Land Kärnten</p>	<p>e5-Landesprogramm für energieeffiziente Gemeinden</p> <p>e⁵ läuft in Kärnten seit dem Jahr 2005 und es beteiligen sich mittlerweile 33 Gemeinden (rund 54% der Kärntner Bevölkerung) am Programm. e⁵ ist ein bereits seit 1998 laufendes, europaweit erfolgreiches Qualifizierungs- und Ausbildungsprogramm, das Gemeinden ermuntert und unterstützt, ihre Energiepolitik zu modernisieren, Energie effizienter zu nutzen, Klimaschutzziele zu definieren und zu verfolgen sowie erneuerbare Energieträger verstärkt einzusetzen. Die Möglichkeiten der Gemeinden liegen vor allem in den Bereichen Entwicklungsplanung und Raumordnung, kommunale Gebäude und Anlagen, Versorgung und Entsorgung, Mobilität, interne Organisation und externe Kommunikation.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Einsparung von rund 7.000 MWh Energie (ca. 775.000 Euro pro Jahr) - Reduktion der CO₂-Emissionen um rund 2.000 Tonnen pro Jahr.
<p>Land Kärnten</p>	<p>Netzwerk-Energieberatung-Kärnten (netEB)</p> <p>Mehr als 60 Beraterinnen und Berater informieren private Gebäude- oder Wohnungseigentümer (bzw.</p>	<p>Die angestrebten 3.000 Beratungen pro Jahr ergeben</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ein Investitionsvolumen von rund 100

	<p>–mieter) in Bezug auf die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen.</p> <p>83% der Beratungskunden setzen dann zumindest eine Maßnahme um, investieren durchschnittlich 30.500 Euro und reduzieren dadurch den Energieverbrauch um 45%. Das vermindert die CO₂-Emissionen um 2,5 Tonnen pro Jahr.</p> <p>Aus einem Fördereuro werden durch die Beratung 254 „Investitionseuro“ lukriert (bei einer Solaranlage oder Biomasseheizung liegt das Verhältnis bei 1:4 bis max. 1:10).</p>	<p>Millionen Euro</p> <ul style="list-style-type: none"> – Die Reduktion des Energieverbrauchs um 34.500 MWh/a (um 45%) – Die Reduktion der CO₂-Emissionen um 2.500 t/a
Land Niederösterreich	<p>Niederösterreichisches Energieeffizienzgesetz 2012 (NÖ EEG 2012)</p> <p>Ziel dieses Gesetzes ist es, die Energie im Land Niederösterreich verstärkt effizient und kostenwirksam zu nutzen.</p> <p>Um den Markt für effizienten Energieeinsatz anzukurbeln, werden die erforderlichen Mechanismen, Anreize und institutionelle, finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen festgelegt bzw. geändert.</p>	<p>Dieses Gesetz gilt für:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1.. Anbieter von Energieeffizienzmaßnahmen 2.. Energieverteiler 3.. Verteilernetzbetreiber 4.. Energiehandelsunternehmen 5.. Endverbraucher <ul style="list-style-type: none"> – Vorbild Land & Gemeinden: Bei Beschaffung und Ausschreibungen spielen Energieeffizienz und Lebenszykluskosten eine wichtige Rolle, Sanierung öffentlicher Gebäude – Sicherstellung einer geförderten Energieberatung – Verpflichtung des öffentlichen Sektors zur Nominierung von Energiebeauftragten – Verpflichtung des öffentlichen Sektors zur Energiebuchhaltung
Land Salzburg	<p>Salzburg 2050 – Energieautonom, Klimaneutral und Nachhaltig</p> <p>See above GHG emission reduction target</p>	
Land Steiermark	<p>Energiestrategie Steiermark 2025 „Energieeffizienz und Energiesparen“ ist einer der fünf strategischen Maßnahmenbereiche der</p>	<p>Der Energieeinsatz soll spürbar reduziert werden. Ziele in Bezug auf die Anteile an erneuerbaren Energie (34% bis zum Jahr 2020) wind nur dann</p>

	<p>Energiestrategie Steiermark 2025. Unterteilt in die Unterabschnitte „Sanierungsoffensive für Wohn- und Dienstleistungsgebäude“, „Anforderungen für neue Gebäude“, „Energieeffizienz bei KMU und in der Industrie“, „Energiesparaktion für Haushalte“ und „Maßnahmen im eigenen Wirkungsbereich“ (öffentliche Hand)“ werden die Einzelmaßnahmen detailliert und unter Berücksichtigung der zu erwartenden Kosten und der Auswirkungen auf Energie- und Emissionseinsparungen sowie den Arbeitsmarkt beschrieben.</p>	<p>erreichbar, wenn der Energieverbrauch bei Dienstleistungen, Gewerbe, Industrie etc. verringert wird.</p>
<p>Land Vorarlberg</p>	<p>Strategie Energieautonomie Vorarlberg Laut Beschluss des Vorarlberger Landtags soll Vorarlberg bis 2050 energieautonom werden. Im November 2011 wurde eine bis 2020 reichende Strategie verabschiedet. Diese enthält 101 konkrete Maßnahmen und detaillierte Zielsetzungen in allen Segmenten, vom Ausbau erneuerbarer Energieträger, über Gebäude, Mobilität und Raumplanung, Industrie bis zu Querschnittsmaßnahmen wie eine Bildungsoffensive. Ende 2012 / Anfang 2013 wurden von diesen 101 Maßnahmen rund 40 Maßnahmen priorisiert und mit konkreten Umsetzungsschritten und Verantwortlichkeiten versehen. Im Rahmen eines kontinuierlichen Umsetzungsprozesses wird die Realisierung und Zielverfolgung in Arbeitsgruppen verfolgt bzw. begleitet. Das Programm ist mit erheblichen Investitionen verbunden. Allein im Bereich des Ausbaus der erneuerbaren Energieträger ist mit Investitionen von rund 1 Milliarde Euro zu rechnen. In der thermischen Gebäudesanierung werden Investitionen von rund 2 Milliarden Euro erwartet.</p>	<p>Die Ziele sind klar definiert, auch quantitativ. Es gibt sowohl Gesamtziele als auch Teilziele und konkrete quantitative Annahmen in jedem Sektor. Ebenso wird jede einzelne Maßnahme qualitativ verfolgt. Ein detailliertes Monitoring ist in Ausarbeitung. Im Juni 2013 sollen erste Monitoring-Ergebnisse vorgestellt werden.</p>

	<p>Zielsetzung ist dabei einer Sanierungsrate von 3%. Gerade in diesem Segment ist die Wertschöpfungs- und Beschäftigungswirkung besonders hoch. Ergänzt wird das Programm durch Kommunikationsaktivitäten, die auf Verhaltensänderungen abzielen. Ohne ein gleichzeitiges Umdenken und eine Veränderung der Lebenspraxis, sind nämlich die o.a. Ziele nicht erreichbar.</p>	
<p>Land Wien</p>	<p>Aktionsplan für erneuerbare Energie in Wien Im Aktionsplan für erneuerbare Energie (Renewable Action Plan Vienna – RAP_Vie) werden die Möglichkeiten und Maßnahmen für die Weiterentwicklung erneuerbarer Energie in Wien festgelegt. Bedeutende Potenziale für die Entwicklung Erneuerbarer Energie, die zum Teil noch nicht erschlossen sind, liegen u.a. in den Bereichen Photovoltaik, Solarwärme, Geothermie, Grundwasserwärme und Erdwärme. Bei der Entwicklung des Aktionsplans werden insbesondere folgende Handlungsfelder berücksichtigt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Neuschließung potenziell geeigneter und Verdichtung bereits versorgter Gebiete mit Fernwärme; • Einspeisung von Ökowärme aus tiefer Geothermie; • Ausbau von Strom aus Photovoltaik; • Ausbau der Nutzung von Umgebungswärme mittels Wärmepumpen; • Ausbau von Wärme aus thermischen Solaranlagen; • Gewinnung von Ökostrom aus Klärgas bei der Hauptkläranlage; 	

	<ul style="list-style-type: none"> • Betrieb von Elektrofahrzeugen mit Strom aus regenerativen Quellen; • Ausbau von Strom aus Windkraft an bestehenden Standorten; • Investitionen in regenerative Stromerzeugung außerhalb Wiens für Wien. 	
<p>Land Wien</p>	<p>Städtisches Energieeffizienz-Programm (SEP) 2006 wurde das Städtische Energieeffizienz-Programm (SEP) vom Wiener Gemeinderat beschlossen. Das SEP rückt Energieeffizienz und Energiesparen in den Vordergrund und gibt Leitlinien für die verbraucherseitige Energiepolitik in Wien bis zum Jahr 2015 vor. Ziel ist es, den Energieverbrauchszuwachs der Stadt Wien nachhaltig zu reduzieren, ohne den Lebensstandard in der Stadt zu beeinträchtigen. Rund 200 gezielte Maßnahmen bzw. Instrumente wurden, zugeschnitten auf die Sektoren Privathaushalte, private Dienstleistungen, öffentliche Dienstleistungen, Industrie und produzierendes Gewerbe, Verkehr und Landwirtschaft, entwickelt. Die Stadt Wien selbst hat Vorbildfunktion und hat sich besonders ehrgeizige Ziele gesetzt.</p>	<p>Im Jahr 2012 wurde bereits die zweite Evaluierung des SEP durchgeführt. Die Evaluierung bezieht sich auf alle im SEP verankerten Maßnahmenbündel und gibt einen Überblick über den aktuellen Umsetzungsstand.</p> <p>Zur Quantifizierung der Energieeinsparungen wurde entsprechend den Vorgaben und Methoden gemäß EU-Energieeffizienz- und Energiedienstleistungsrichtlinie (2006/32/EG) vorgegangen. Im Zeitraum 2006 bis 2012 lagen die dokumentierbaren, projektbezogenen Energieeinsparungen bei jährlich rund 160 GWh. Berücksichtigt man weiters die nicht projektbezogen erfassbaren Energieeinsparungen (z.B. im privaten Dienstleistungssektor), wird davon ausgegangen, dass diese deutlich über den im SEP-SPAR-Szenario hinterlegten 180 GWh lagen. Auch die Aktualisierung der Prognose des Endenergieverbrauchs (prognostizierter Endenergieverbrauch im Jahr 2015 liegt in etwa auf dem Niveau von 2006) zeigt, dass man gut am Zielpfad (SEP-SPAR-Szenario) liegt.</p> <p>Im Vergleich zur ersten Berichtsperiode (2006-2009) konnte die zusätzliche jährliche Einsparung deutlich gesteigert werden (um durchschnittlich rund 25 GWh pro Jahr), was auch auf die verbesserte Datengrundlage und Anwendung der Methoden zurückzuführen ist. Die gesamte</p>

		Energieeinsparung für die SEP-Periode 2006 bis 2011 (exklusive Early Actions) beträgt rund 963 GWh.
Österreichischer Städtebund	Smart City Graz / Zero Emission – pilothafte Stadtentwicklungsprojekte Im Rahmen des Vorprojektes Smart City Graz „I live Graz“ werden nachhaltige Wirkungszusammenhänge etwa für energie- und verkehrsoptimierten Städtebau, optimierte Flächennutzung und BürgerInnen-Partizipation mit Stakeholdern und dem Projektkonsortium in Arbeitsgruppen untersucht. Diese Erkenntnisse werden anschließend nach den Handlungsfeldern (Gebäude, Versorgung/ Entsorgung, Mobilität, Information und Kommunikation (Sustainable governance), System Stadt) in integrierte Leitlinien übergeführt. In Roadmaps 2020 und 2050 und (adaptierten) Aktionsplänen bis 2020 werden konkrete Maßnahmen den Betrachtungsebenen (Region/ Stadt, Stadtteil, Quartier und Projekt) zugeordnet, und Vorschläge zur Anpassung bestehender Strategien erarbeitet. Dabei müssen auch bestehende Umsetzungshemmnisse überwunden werden: <ul style="list-style-type: none"> • Rechtliche Hemmnisse (Gesetze, Verordnungen, Richtlinien) • Finanzielle Komponenten Vorhandene politische Strategien (Energiepolitik, Raumordnung, Verkehrspolitik)	Ziel ist die richtungsweisende Umsetzung eines integrativen Planungsprozesses, um eine zukunftsfähige und nachhaltige Stadtentwicklung zu ermöglichen, welche den Erhalt bzw. die Verbesserung der Lebensqualität als übergeordnetes Ziel hat. Weiters soll ein Demonstrations-Projekt von internationalem Charakter mit internationalen Partnerschaften entwickelt werden.
Wirtschaftskammer Österreich	Ausbildung von Energiemanagern Energiemanager* ist ein neues Berufsbild, eine neue Art eines „Green Job“, den immer mehr Betriebe installieren. Energiemanager sind besonders wichtig in Betrieben, die viel Energie verbrauchen.	<ul style="list-style-type: none"> • Hebung des Energiebewusstseins von Unternehmen und konkrete Energieeinsparungen • 321 Europäischen Energiemanager der WKÖ • jährliche Energieeinsparung 800 Mio. Kilowattstunden = 800.000 Megawattstunden

	<p>Die WKÖ bietet betrieblichen Energiebeauftragten die Qualifikation zu „Europäischen Energiemanagern“. EU-weit wurde das Projekt in 13 Ländern mit rund 3.000 ausgebildeten Energiemanagern verbreitet und von der EU-Kommission gefördert.</p> <p>Weitere Informationen: www.energymanager.eu</p>	<ul style="list-style-type: none"> • jährliche Kosteneinsparung: 27 Mio. Euro • jährliche CO₂-Reduktion: 300.000 Tonnen
<p>Early school leaving target -9,5%</p> <p>Land Oberösterreich</p>	<p>Bildungsprogramme zum Nachholen von Grundbildung und Hauptschulexternstenprüfung</p> <p>Um den Anteil an gering qualifizierten Personen im erwerbsfähigen Alter (Personen mit mangelnden Grundfertigkeiten in Lesen, Schreiben und Rechnen sowie Personen ohne positiven Pflichtschulabschluss) nachhaltig zu senken und das Qualifikationsniveau der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter generell zu steigern, werden im Land Oberösterreich folgende Ziele verfolgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ermöglichung der kostenlosen Absolvierung von Bildungsprogrammen in den Bereichen <ol style="list-style-type: none"> i. Basisbildung/Grundkompetenzen ii. Nachholen des Pflichtschulabschlusses (Hauptschulexternstenprüfung). <p>In Verfolgung des Regierungsprogramms der 24. Gesetzgebungsperiode, das im Abschnitt „Erwachsenenbildung“ vorsieht: „Gemeinsam mit den Ländern sollen Wege von Kofinanzierungsmodellen das kostenfreie Nachholen von Bildungsabschlüssen aller formaler Ausbildungen der Sekundarstufe I und II (inklusive Berufsfreiprüfung) in einer altersgerechten Form ermöglicht werden“.</p>	<p>Erwartet wird eine signifikante Erhöhung der Beteiligungs- und Abschlussquote.</p>

	<p>– Erhöhte Kohärenz der Förderinstrumente der Länder und des Bundes in den zwei genannten Bildungsbereichen.</p>	
Land Steiermark	<p>Schulsozialarbeit Die Schulsozialarbeit ist ein außerschulisches Helfersystem mit einer Vielfalt von Unterstützungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche zur Förderung der Lebensbewältigung und des Schulerfolges. Eine weitere Maßnahme, die der Regionale Bildungsplan vorsieht, ist das „Jugendcoaching“, das Jugendliche bei ihrer Bildungs- und Berufslaufbahn unterstützt. Eine meist enge Zusammenarbeit zwischen Polytechnischen Schulen und Betrieben unterstützt die Jugendlichen im Übergang von der Schule zum Berufsleben.</p>	<p>Ziel all dieser Maßnahmen ist unter anderem die Reduzierung der Zahl der SchulabbrecherInnen.</p>
Land Tirol	<p>Siehe Paktstrategie Punkt 1. Übergangmanagement Schule/Beruf</p>	<p>Die Maßnahmen am Übergang Schule/Beruf tragen Beitrag zur Verringerung der Zahl der Schulabbrecher sowohl quantitativ, als auch qualitativ bei. Die laufende Studie soll weitere konkrete Zahlen und Handlungsansätze bringen.</p>
Österreichischer Städtebund	<p>„Kind sein, Familie leben“ – Ein Leuchtturmprojekt im Stadtteil Schendlinggen (Bregenz) Das Projekt mit dem Ziel der Erhöhung von Bildungschancen benachteiligter Kinder und Minderung sozialer Exklusion in Kindergärten und Schulen, hat bereits einiges in der Bildungslandschaft von Bregenz verändert. Vor allem das vernetzte Arbeiten aller projektbeteiligten Partner ist ein wesentlicher Aspekt in der Umsetzung. 2011 wurde die Konzeptarbeit in allen Schwerpunktbereichen abgeschlossen. Start der Umsetzungsmaßnahmen war im Februar 2012. Neben übergreifenden Konzepten zur Elternarbeit,</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Sprachförderung als Querschnittsthema im Kindergarten und durchgängige Qualifizierung der PädagogInnen • Willenserklärung von Schule und Kindergärten gemeinsame Werte für die Bildungsarbeit in Bregenz zu entwickeln. Infrastrukturinvestitionen (Ganztagessechule, Familienzentrum

		<p>Sprachförderung und Bildungszielen (Werte, Sozialkompetenz) wurden in den einzelnen Einrichtungen strukturelle Maßnahmen gesetzt: VS Schendlingen als Ganztageschule, Umwandlung von Kindergärten in Familienzentren.</p>	
Die Sozialpartner Österreich		<p>Kooperationserfolge in der Bildungspolitik: Berufsorientierung Bildungs- und Berufsorientierung wurde als eigener Unterrichtsgegenstand im Ausmaß von mindestens einer Wochenstunde in den Lehrplan der Neuen Mittelschule aufgenommen. Damit ist mittelfristig (nach Umstellung aller Hauptschulen auf Neue Mittelschulen NMS) sichergestellt, dass zumindest alle Absolventinnen der NMS (knapp 2/3 der 10-14-Jährigen) eine gesicherte Entscheidungsgrundlage für die Wahl des weiteren Bildungsweges nach der 8. Schulstufe erhalten.</p>	
Die Sozialpartner Österreich		<p>Kooperationserfolge in der Bildungspolitik Bildungsstandards Im Mai 2012 fand die erste flächendeckende Überprüfung von Bildungsstandards in Mathematik für die 8. Schulstufe statt, die Ergebnisse wurden im Dezember 2012 veröffentlicht. Die Ergebnisse wurden den Schülerinnen und Schülern individuell und den Schulstandorten bzw. der Schulaufsicht in gesammelter Form rückgemeldet. Die Ergebnisse weisen aus, ob die entsprechenden Kompetenzen auf Ebene der jeweiligen Schulstufe vermittelt wurden und sollen bedarfsorientierte Maßnahmen (z.B. Unterrichtsschwerpunkte, LehrerInnenfortbildung, Lehrplangestaltung) anregen.</p>	
Die Sozialpartner Österreich		<p>Kooperationserfolge in der Bildungspolitik Schulische Tagesbetreuung Im Schuljahr 2012/13 wurden knapp 10.000</p>	

	<p>zusätzliche Plätze an schulischer Tagesbetreuung geschaffen. Im nächsten Schuljahr 2013/14 wird eine Ausweitung um weitere 10.000 Betreuungsplätze angestrebt. Das Angebot der schulischen Tagesbetreuung soll mittels 15a-Verträgen bedarfsorientiert und flächendeckend ausgebaut werden, um eine längerfristige Absicherung der Betreuungsplätze zu ermöglichen und den Ausbau weiter zu forcieren.</p>	
<p>Die Sozialpartner Österreich</p>	<p>Kooperationserfolge in der Bildungspolitik Lehrberufspaket 2012 Erlassen vom BMWWFJ im Jahr 2012 nach Vorarbeit und Entwürfen des Bundesbildungsbeirates:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung des neuen Lehrberufs Gleisbautechnik • Modernisierung (teilweise Neustrukturierung) von vier Lehrberufen: Finanz- und Rechnungswesenassistent (bisher: Buchhaltung), MalerIn und BeschichtungstechnikerIn (bisher: MalerIn und AnstreicherIn), Metallbearbeitung (Zusammenfassung der bisherigen Lehrberufe DreherIn, Metallbearbeitung und WerkzeugmaschinenurIn), Papiertechnik 	
<p>Target for tertiary education 38% Die Sozialpartner Österreich</p>	<p>Kooperationserfolge in der Bildungspolitik Ausbau der Fachhochschul-Studienplätze Für 2012/13 wurden 500 neue Anfängerstudienplätze geschaffen, als zweite Ausbaustufe wurde die Bundesfinanzierung für 500 weitere Plätze ab 2013/14 fixiert. Den Schwerpunkt des Ausbaus bilden technische bzw. ingenieurwissenschaftliche Studiengänge sowie die Förderung berufs begleitender Studiengänge.</p>	
<p>Poverty target – 235.000 persons</p>		

<p>Land Oberösterreich</p>	<p>Innovative Projekte für arbeitsmarktfremde Personen In sozialökonomischen und gemeinnützigen Projekten werden Transitarbeitsplätze für langzeitarbeitslose Menschen angeboten, um Schritte zur Reintegration in den Arbeitsmarkt zu setzen. Beschäftigungsdauer ist im Durchschnitt 6 Monate. Die Initiative „Beschäftigung 24“ ergänzt für bis zu 100 Personen die Beschäftigungsdauer auf max. 2 Jahre in Gemeinden oder gemeindenahe Betrieben, um die Integrationsarbeit zu vertiefen und dauerhafte Erfolge zu erreichen. Insgesamt 14 innovative Sozialprojekte werden in Oberösterreich mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds, Land, AMS und BSB 2011 zusätzlich umgesetzt, um die Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden und Zugang zum Arbeitsmarkt zu fördern. Zielgruppen sind arbeitsmarktfremde Personen wie Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger, Menschen mit Beeinträchtigungen, psychisch beeinträchtigte Jugendliche und Erwachsene, Personen mit Migrationshintergrund, Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte.</p>	<p>Reduzierung der Zahl der Langzeitarbeitslosen. Da Personen mit Langzeitarbeitslosigkeit ein sehr hohes Gefährdungsrisiko (42%) haben, tragen beschäftigungsfördernde Maßnahmen für diese Personengruppe im überproportionalen Ausmaß zur Armutsbekämpfung bei.</p>
<p>Land Salzburg</p>	<p>Prüfung der Arbeitsfähigkeit und Steigerung der Erwerbschancen für Mindestsicherungsbezieherinnen und –bezieher Maßnahmenkette zur Wiederherstellung der Erwerbschancen von arbeitsmarktfremden Personen, insbesondere von Bezieherinnen und Beziehern der „Bedarfsorientierten Mindestsicherung“ (BMS): – „Clearingstelle“: Feststellung der Arbeitsfähigkeit</p>	<p>Armutsbekämpfung durch Erwerbsarbeit; pro Monat werden etwa 20 BMS-Bezieherinnen und BMS-Bezieher in die Maßnahmenkette aufgenommen.</p>

	<ul style="list-style-type: none"> - „Koordinierte Hilfeplanung“: Hilfeplan-Erstellung und darauf aufbauende fallführende Sozialarbeit zur Lösung multipler Problemlagen - Projekt zur Arbeitsmarkt-(Re-)Integration bis zu 25-jährigen Arbeitslosen. 	
Land Tirol	<p>Siehe Pakstrategie Punkt 2. (BMS-BezieherInnen) und Punkt 3. (Ältere)</p>	<p>Die (Wieder-)Eingliederung von BezieherInnen der bedarfsorientierten Mindestsicherung und arbeitsmarktfremden Personen und die präventive Betreuung von Älteren zum Erhalt der Arbeitsbewältigungsfähigkeit tragen zur Erreichung des nationalen Armutszieles sowohl quantitativ, als auch qualitativ bei.</p>
Land Wien	<p>Wiener Bedarfsorientierte Mindestsicherung</p> <p>Das Wiener Mindestsicherungsgesetz ist seit 1. September 2010 in Kraft. Personen ohne bzw. mit einem geringen Einkommen erhalten bei Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS). Von arbeitsfähigen BMS-BezieherInnen wird der Einsatz der Arbeitskraft verlangt. Gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice wurde das Projekt Step2Job entwickelt, das insbesondere arbeitsmarktfremde Personen (BMS-BezieherInnen ohne Bezug einer Leistung des AMS) Unterstützung bei der Re-Integration in den Arbeitsmarkt bietet. Weiters sind BMS-BezieherInnen in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen. Durch den teilweisen Wegfall des Regresses sowie der Einführung eines Vermögens- und Einkommensfreibetrages und die Möglichkeit zur Beantragung der BMS beim Arbeitsmarktservice wurden auch Zugangshürden abgebaut.</p>	<p>Rückgang der Non-take-up-Rate</p> <p>In Wien hat sich die Anzahl der BezieherInnen durch die Einführung der BMS stark erhöht. Vor allem Familien mit Kindern nehmen die BMS in Anspruch. Der Anstieg ist sowohl auf die höheren Mindeststandards (Erschließung neuer Anspruchsgruppen) als auch auf eine verstärkte Inanspruchnahme durch den Wegfall von Antragshürden zurückzuführen. Der – bedingt durch die Einführung der BMS – hohe Anstieg von 2010 auf 2011 hat sich 2012 wieder etwas eingependelt und liegt nun bei rund 12%. Für 2013 ist mit einer annähernd gleichen Entwicklung zu rechnen.</p> <p>Stärkere Erwerbsorientierung</p> <p>Die Anzahl der VollbezieherInnen ist 2011 (Zielgruppe von Step2Job) erstmals rückläufig und 2012 hat sich die Anzahl der VollbezieherInnen im Vergleich zu den ErgänzungsbezieherInnen nicht erhöht. Rund ein Drittel der TeilnehmerInnen von Step2Job konnten in den Arbeitsmarkt integriert</p>

Other	
Land Salzburg	<p>Salzburger Positionspapiere von Land und Gemeinden zur Gestaltung der EU-Förderperiode 2014-2020</p> <p>Unter Federführung der Landesamtsdirektion wurden Positionspapiere der Europa 2020 Steuerungsgruppe der Salzburger Bürgermeister sowie – darauf basierend – des Landes Salzburg zu fonds- und themenübergreifenden Förderschwerpunkten 2014-2020 erarbeitet, die zur Erreichung der Europa 2020 Ziele maßgeblich beitragen. Diese ergebnisorientierten Beiträge zur Gestaltung der Förderinhalte in der GSR-Fondsperiode 2014-2020 bewirken nicht nur eine offensive Auseinandersetzung mit den Europa 2020 Inhalten seitens der am Entstehungsprozess beteiligten Salzburger Gemeinden, Sozialpartner und des Landes, sondern auch deren Umsetzung in die Praxis in den folgenden Jahren.</p>
Land Niederösterreich	<p>Fördercall „Nachhaltigkeit als unternehmerischer Faktor“</p> <p>Unter dem Titel „Nachhaltigkeit als unternehmerischer Faktor“ startete das Wirtschaftsressort des Landes Niederösterreich eine neue Förderaktion für Klein- und Mittelunternehmen. Im Zeitraum 2. Juli bis 16. November 2012 waren interessierte Betriebe eingeladen, geplante Nachhaltigkeitsprojekte einzureichen.</p> <p>Hintergrund für diese Maßnahmen ist das in der Wirtschaftsstrategie Niederösterreich 2015 formulierte Ziel, sozial verantwortungsvolle und ressourcenschonende Wirtschaftsweisen in</p>
	<p>werden. Für 2013 ist mit einer ähnlichen Tendenz zu rechnen.</p> <p>Implementierung und Umsetzung der Europa 2020 Strategie im Land Salzburg: quantitativer und qualitativer Beitrag zur Erfüllung der nationalen Europa 2020 Ziele.</p>
	<p>Bilanz des Förderauftrags:</p> <p>Insgesamt 27 Nachhaltigkeitsprojekte wurden eingereicht und einer Fachjury vorgelegt. Die Bewertung erfolgte anhand bestimmter Kriterien, etwa der Relevanz für das Kerngeschäft und die regionale Entwicklung und Wertschöpfung. Die 11 besten Projekte wurden ausgewählt und mit einer Förderung unterstützt. Die Mittel dafür stammten aus dem NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds und der Abteilung Umwelt- und Energiewirtschaft.</p>

	<p>Niederösterreich zu forcieren. Ziel der zeitlich bestmöglichen Förderung war es, Klein- und Mittelunternehmen bei ihren Bestrebungen zu unterstützen, ihr Kerngeschäft nachhaltiger – d.h. ökologischer, regionaler und sozialer – auszurichten.</p>	
Land Niederösterreich	<p>Soziale Produktion</p> <p>Soziale Produktion ist ein in Niederösterreich von drei Landesabteilungen (Umwelt, Wirtschaft und Soziales) in Public-Private-Partnership mit der Firma Komunitas OG entwickeltes Modellprojekt regionalen Wirtschaftens mit sozialer Komponente. Sozialbetriebe des 2. und 3. Arbeitsmarktes stellen unter fachlicher Begleitung nach nachhaltigen Kriterien mit Engagement und Kreativität Qualitätsprodukte für privatwirtschaftliche und öffentliche Auftraggeber her. 2011 wurde dazu seitens der Wirtschaftsabteilung des Landes ein Pilotprojekt gestartet, dabei kreierten 9 Unternehmen gemeinsam mit Sozialprojekten sinnvolle Lösungen für innerbetriebliche Problemstellungen. Die Palette der Entwicklungen reicht von der sinnvollen Weiterverwendung betrieblicher Abfälle bis zum Entwurf neuer Produktideen inklusive ökologischem Design.</p>	<p>2012 wurde das Projekt im Rahmen des Programms für Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) räumlich ausgeweitet. Bis Mitte 2014 arbeitete Niederösterreich gemeinsam mit 8 Projektpartnern aus Wien, Burgenland, Steiermark und Ungarn an der Weiterentwicklung und Verbreitung des Modells der Sozialen Produktion.</p>
Land Steiermark	<p>Gemeindestrukturreform</p> <p>Im Zuge der steirischen Reformpartnerschaft für die Legislaturperiode 2010-2015 werden verschiedene Strukturmaßnahmen verwirklicht. Neben der Reform der Verwaltung (weniger Organisationseinheiten, Zusammenlegung von Bezirkshauptmannschaften), ist die Reform der Gemeindestrukturen das weitreichendste Neustrukturierungsprojekt.</p>	<p>Die deutliche Reduktion der Anzahl der Gemeinden bedingt eine wesentliche Veränderung der Gruppierung nach Größenklassen hin zu größeren leistungsfähigeren Gemeinden. Daraus resultieren nachstehende Vorteile:</p> <ul style="list-style-type: none"> Abgestimmte raumordnungs- und verkehrspolitische Maßnahmen Verbesserte Koordination der Infrastrukturausstattung – Sicherung der Auslastung

	<p>Gemeinden sollen dauerhaft in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben sachgerecht, effizient und in entsprechender Qualität zu erfüllen.</p> <p>In der Sitzung der Steiermärkischen Landesregierung vom 24. Jänner 2013 wurde zur Gemeindestrukturreform ein Bericht über den Prozessablauf und die Vorlage der neuen Gemeindestruktur der Steiermark beschlossen und mit Beschluss vom 26. Februar 2013 vom Landtag Steiermark zur Kenntnis genommen.</p>	<p>Stärkung der finanziellen Leistungskraft - Heben von Einsparpotenzialen Rechtssicherheit und Professionalität der Verwaltung Geringerer Koordinationsaufwand zwischen den Verwaltungsebenen Für 2015 werden 285 statt heute 539 Gemeinden angestrebt.</p>
<p>Die Sozialpartner Österreich</p>	<p>Kooperationserfolge in der Sozialpolitik Gesundheitsreform</p> <p>Die von Sozialpartnern verwaltete Sozialversicherung war der wesentliche Motor der nun vorliegenden Vereinbarung zur Gesundheitsreform. Die Vertragsparteien kommen darin überein,</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine gemeinsame integrierte und sektorenübergreifende Planung und Steuerung im Gesundheitssystem sicherzustellen, • den Grad der Verbindlichkeit in der Gesundheitsplanung auf Länderebene durch wechselseitige Abstimmung der intra- und extranaturalen Versorgungsplanung zu erhöhen und • eine sektorenübergreifende Finanzierung aufzubauen. 	
<p>Die Sozialpartner Österreich</p>	<p>Kooperationserfolge in der Sozialpolitik Rot-Weiß-Rot-Karte</p> <p>2012 wurde die letzte Schiene der RWR-Karte für Mangelberufe umgesetzt. Die Fachkräfteverordnung wurde erstmals im Juni 2012 für 26 Mangelberufe wirksam. Bald danach folgte die Verordnung für 2013 mit wenigen Veränderungen.</p>	

<p>Die Sozialpartner Österreich</p>	<p>Kooperationserfolge in der Sozialpolitik ArbeitnehmerInnenschutz Unter maßgeblicher Beteiligung der Sozialpartner wurde im ArbeitnehmerInnenschutz eine Einigung erzielt, die psychische Gesundheit und die Prävention von arbeitsbedingten Belastungen stärker betont. Unter Gefahren und Gesundheit sind nun ausdrücklich die psychischen Belastungen und psychische Gesundheit zu verstehen. Je nach gegebener Gefährdungs- und Belastungssituation sind sonstige Fachleute, insbesondere jedoch ArbeitspsychologInnen, zu beschäftigen.</p>	
<p>Die Sozialpartner Österreich</p>	<p>Kooperationserfolge in der Rechtspolitik Wettbewerbsrecht Die nunmehr im Parlament beschlossene Reform des Wettbewerbsrechts (KaWeRÄG 2012), die mit 1. März 2013 in Kraft getreten ist, ist ein Erfolg der Sozialpartnerschaft.</p>	
<p>Die Sozialpartner Österreich</p>	<p>Kooperationserfolge in der Kollektivvertragspolitik Im Jahr 2012 wurden 450 Kollektivverträge – also mit einer Laufzeit von 12 Monaten – abgeschlossen. Nicht alle werden jährlich abgeschlossen. Ca. 98% aller unselbständig Beschäftigten sind von Kollektivverträgen erfasst.</p>	<p>a</p>
<p>Die Sozialpartner Österreich</p>	<p>Durchgeführte Maßnahmen 2012</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bildungspolitischer Dialog am 25.1.2012 mit den Ministerien für Wirtschaft, Soziales, Bildung und Wissenschaft: Duale Ausbildung fit für die Zukunft machen • OGB-WKO Veranstaltung "Impulse gegen Arbeitsstress. Praktische Erfahrungen aus betrieblichen Projekten zur Stressprävention" am 29.3.2012 • Veranstaltung zum Thema „Arbeitswelt 	

	<ul style="list-style-type: none"> • altersgerecht gestalten!“ am 26.4.2012 in Salzburg • Enquete „Integration - Migration“ mit Präsentation der Studie der Sozialpartner am 21.5.2012 • Bad Ischler Dialog am 15.-16.10.2012 zum Thema „Zukunft Europa“: Diskussion hochkarätiger VertreterInnen aus dem Kreis der österreichischen und europäischen Politik, der Sozialpartnerverbände, der Wissenschaft und der Medien über die gegenwärtigen großen Herausforderungen Europas und wie sie zu bewältigen sind. Vor diesem Hintergrund präsentierten die Sozialpartner ein umfassendes Positionspapier. • Gemeinsame Reise der Präsidenten der Sozialpartner nach Brüssel am 19.10.2012 mit Übergabe des Sozialpartnerpapiers von Bad Ischl „Zukunft Europa“ an mehrere Kommissionsmitglieder • Positionspapier „Europäische Wirtschaftspolitik zum Abbau der Ungleichgewichte“: Präsentation im Rahmen eines WIFO-Stakeholder Forums zum Projekt „WWFfor Europe“ am 15.11.2012 • Treffen von Präsident Foglar (ÖGB) und Präsident Leitel (WKÖ) mit französischen RegierungsvertreterInnen am 19.11.2012 in Paris zum Thema Jugendbeschäftigung • Enquete „Der Einfluss der Finanzmärkte auf die Rohstoffpreise“ am 10.12.2012 	
Die Sozialpartner Österreich	Geplante Maßnahmen 2013 <ul style="list-style-type: none"> • Bildungsfundamente 2013: Ziele und Maßnahmen für eine zukunftsorientierte 	

	<p>Bildungsreform“: Präsentation der Sozialpartnervorschlage am 27.2.2013</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erster Gipfel der Sozialpartnerinnen am 18.3.2013: “Karriere mit Lehre! Auch für Mädchen?“ war das Motto des ersten Gipfels. In der Zukunft muss es eine Selbstverständlichkeit sein, dass Mädchen im gesamten Spektrum der Lehrberufe wählen können. • Studienreise der Sozialpartner nach Spanien und Portugal von 15. bis 19.4.2013: Die Studienreise wird sich thematisch auf Konsequenzen der Krise und Krisenbewaltigungsstrategien konzentrieren. • Veranstaltung zum Thema „Arbeitswelt alternsgerecht gestalten!“ am 18.4.2013 in Eisenstadt • Gemeinsame Reise der Präsidenten der Sozialpartner nach Brüssel mit Auftritt im Plenum des EWSA am 23.5.2013 zum Thema des Sozialpartnerpapiers des Bad Ischler Dialogs 2012 „Zukunft Europa“ • Gemeinsames Positionspapier zu „Investitionen und Innovationsfähigkeit für künftiges Wachstum“: 1. Halbjahr 2013 • Evaluierung der Betrastsstudie „Zukunft der Wettbewerbspolitik in Osterreich“: Die Arbeitsgruppe wird einberufen, um im Laufe des ersten Halbjahres 2013 die Umsetzung der Sozialpartner-Vorschläge und die Fortschritte auf dem betreffenden Gebiet zu evaluieren. Die Arbeiten sollen vor der Nationalratswahl im Herbst abgeschlossen sein. • Evaluierung „Wirkungsorientierte Haushaltsführung“: Die Arbeitsgruppe 	
--	---	--

	<p>Budgetpolitik sollte nach Vorlage des BVA 2014 mit einer Evaluierung von Durchführungsprozessen und Wirkungen dieses neuen Instruments beginnen.</p> <ul style="list-style-type: none">• Bad Ischler Dialog am 16.-17.9.2013 zum Thema „Investitionen in die Jugend“ (Arbeitstitel)• Evaluierung der Umsetzung der Vorschläge zur Anhebung des faktischen Pensionsalters im Sozialpartnerpapier des Bad Ischler Dialogs 2011• Sozialpartnerverhandlungen zum Thema „Flexibler Wiedereinstieg in das Erwerbsleben nach längerer Arbeitsunfähigkeit“	
--	---	--